

# Korrespondent.

**Bezugspreis** Vierteljährlich: Bei Abnahme von den Postgebühren 1 RM.  
monatlich 25 Pf.; durch die Zusteller und die Post bezogen  
1,00 RM., durch den Besteller ins Haus 1,65 RM. Einzelnummer 6 Pf.

**Abdruck** Vierteljährlich 6 Mal wöchentlich halb 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage  
und des Sonn- u. Festtages; in den Ausgabestellen am Tage vorher abends 8 Uhr.

**Wöchentliche Gratisbeilagen:**  
8seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit  
14 tägiger Modebeilage.

4seitige landwirtschaftliche u. Handels-  
beilage mit neuesten Marktnotierungen.

**Anzeigenpreis** für die einsp. Zeitspalte oder deren Raum f. Nacht u. Früh-  
ausgabe 10 Pf., außerhalb 25 Pf. Kleinere Anzeigen 25 Pf.  
Bestimmter Preis 80 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt. Anzeigen werden von  
größere Geschäftsstelle sowie sämtlichen Anzeigensstellen entgegengenommen.

— Nachdruck unserer Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet. —  
Für unerlangte Entgeltungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 155.

Freitag den 5. Juli 1907.

34. Jahrg.

## Der Petersprozess.

Von führender parlamentarischer Seite wird uns geschrieben: Die Klage gegen den Redakteur Gruber hat zu der Beurteilung zu einer Geldstrafe geführt, wie vorauszu sehen war. Seine schweren Verleumdungen waren weder auf Grund der Vertretung berechtigter Interessen, noch durch Wahrheitsbeweise straflos zu machen, aber sie sind nicht mit Gefängnis bestraft, weil dem Verleüder keine niedrige Absicht beizumessen ist und weil er doch so viel Tatsachen beigebracht hat, daß seine sachlichen Behauptungen stark unterstügt wurden.

Wie es heißt, will Herr Gruber nicht Berufung einlegen. Er hat ja den Erfolg, den er wollte, in vollem Maße erreicht, und sein Blatt wird gern die Kosten derselben tragen. Aber auch Herr Dr. Peters will schließlich eine Wiederholung solcher Verhandlungen wünschen, wie er sie erlebt hat.

Das Schöffengericht hat sich nicht auf eine ausführliche Beurteilung des großen beigebrachten Materials eingelassen. Das war auch nicht seine Sache; das Urteil bezieht sich auf die gegen Peters erlassenen Disziplinarurteile. Es begnügt sich, festzustellen, daß gewisse und besonders grobe Schimpfworte unzutreffend seien, und gibt der Ansicht Ausdruck, daß bei der Hinrichtung der Regerin Jagodja geschlechtliche Motive nicht maßgebend gewesen seien, wohl aber bei der Hinrichtung des Marbut. Im übrigen will keine Einwendung gegen die Disziplinarurteile erhoben.

Von einer Rechtfertigung des Dr. Peters durch das Urteil des Schöffengerichts kann keine Rede sein. Die Verhandlung hat ihn vielmehr für jede öffentliche Anstellung unzulänglich gemacht. Die Disziplinarurteile, die ihn auf das schwerste diskreditierten, sind durch die Verlesung allgemein bekannt geworden und in der Hauptstadt durch die Aussagen der Zeugen und Sachverständigen und durch das eigene Verhalten des Dr. Peters unterstügt. Man mag ihm die größten Verdienste um die Erwerbung von Ostafrika zuschreiben, den dort herrschenden Verhältnissen im höchsten Maße Rechnung tragen, so kann man doch nicht umhin, anzuerkennen, daß Dr. Peters sich maßlos überhebt, sich nicht zu beherrschen vermag und sich nicht unterzuordnen versteht. Einem solchen Manne kann Deutschland kein Amt nicht übertragen, am wenigsten in Ostafrika, da er über die Behandlung der dortigen Eingeborenen Anschauungen geltend gemacht hat, welche deutscher Gesittung durchaus widersprechen.

Die Freunde des Dr. Peters werden gut tun, ihre Bemühungen für seine Rehabilitierung einzustellen; kein Kolonialdirektor, kein Reichsminister wird jetzt noch die Verantwortung für die Anstellung eines solchen Mannes übernehmen können. Mögen seine Freunde im Äußeren sichten, ihm vielleicht gar ein Denkmal setzen, das für ihre Privatfache. Aber wenn Deutschland mit seiner Kolonialpolitik nicht wieder in schlimme Verwicklungen kommen will, so wird man ihren Ansichten und Ratschlägen keinen Raum geben dürfen.

Die Münchener Verhandlungen haben ein trauriges Bild von unserer früheren Kolonialverwaltung gegeben. Unfähigkeit, Mangel an Sachkenntnis und Energie in der oberen Verwaltung und allerlei Intriguen in ihr und gegen sie. Die Herren Kolonialschwärmer haben auf sie einen viel verderblicheren Einfluß ausgeübt als die Herren Roeren und Erzberger. Würden jene Herren in der Kolonialpolitik eine Rolle spielen, so würden ernsthaft Leute gut tun, sich fern zu halten. Aber es ist zu hoffen, daß es nicht der Fall sein wird. Die Herren Liebert und Trendt haben sich ebenso unzulänglich gemacht, wie Herr Dr. Peters. Der neue Staatssekretär der Kolonien wird darüber sich klar sein, daß eine Hauptsache für ihn ist, sich von aller Beeinflussung, insbesondere auch bei der Besetzung der Kreuze frei zu halten, denn der ganze Erfolg seiner Verwaltung hängt davon ab, daß er die rechten Kreuze an der rechten

Stelle hat, nicht Abenteurer und Sportdmänner, sondern verständige, nuchterne und humane Verwaltungsbeamte.

Leider werden die Münchener Verhandlungen noch manche Nachwirkungen haben: Verleumdungsfälle, Diskussionen in der Presse, Verhandlungen im Reichstage! Bebel hat sie schon in Aussicht gestellt, und sowohl Herr v. Liebert als auch Herr Trendt werden nicht umhin können, sich wegen ihres Verhaltens zu verantworten. Man wird auch von der Kolonialverwaltung eine Erklärung darüber fordern, warum die Auslieferung der Akten über das Disziplinarverfahren verweigert und warum einigen Beamten die Ablegung des Zeugnisess untersagt ist. Die Verhandlungen werden viel klarer geworden sein, wenn mindestens die Urteile von Anfang an vorgelegt hätten und wenn z. B. Geheimrat Hellwig hätte vornehmen werden können. Von solcher Bürokratischen Geheimnerei darf nicht mehr die Rede sein, wenn die Kolonialpolitik Vertrauen im deutschen Volke genießen will.

Hoffen wir, daß der Münchener Prozess die widerwärtigen Kolonialskandales abschließt, die viel zu viel in der Presse und Reichstage beschäftigt haben. Die Aufgaben der Kolonialpolitik sind groß und ernst und es darf der Nation nicht immer wieder die Meinung, sich ihnen zu widmen, durch solche Dinge verleidet werden.

## Das deutsche Kaiserpaar in Dänemark.

Die Kaiserjacht „Hohenzollern“ mit dem Kaiser und der Kaiserin sowie dem Prinzen Adalbert an Bord, und die Begleitschiffe „Königsberg“ und „Sachsen“ haben Mittwoch vormittag 9<sup>1/2</sup> Uhr Dräger auf der Insel Amager passiert. Bei dem Feuereschiff von Dräger begab sich die deutsche Gesandtschaft an Bord der „Hohenzollern“.

Kurz nach 10 Uhr glitt unter fröhlichem Regen die „Hohenzollern“ unter dem Salut der Forts und der beiden auf der Reede verankerten dänischen Kriegsschiffe in den Hafen. Kurz darauf begab sich das Kaiserpaar mit den Mitgliedern des Königshauses an Bord der „Hohenzollern“, wo neben der dänischen Königsfamilie die deutsche Kaiserhandbarte emporging. Nach einem 20 Minuten währenden Besuch landete das Kaiserpaar mit dem Prinzen Adalbert und Gefolge bei den beiden Königspavillons, die durch eine mit zwei Kaisertronen und deutschen Flaggen geschmückte Ehrenspore verbunden waren. Der Kaiser, der dänische Admiraluniform trug und sehr heiter ausah, begrüßte auf das freundlichste die zum Empfang Erschienenen und schritt dann mit dem König, der deutsche Admiraluniform angelegt hatte, die Front der Leibgarde Ehrenkompagnie ab. Der Kaiserin, die eine seegrüne Robe und einen Hut mit violetten Federn trug, wurde ein Strauß weißer Rosen überreicht. Unter den Hochrufen der Menge fuhren dann die kaiserlichen und königlichen Herrschaften, von Husaren eskortiert, zum reichgeschmückten Bahnhof und von dort nach Fredensborg. Die für das Kaiserpaar reservierten Räumlichkeiten sind mit großer Pracht eingerichtet. Sämtliche nicht aus alter Zeit stammenden Möbel wurden in Berlin angefertigt. Nach dem Dejeuner fand im Kuppelsaal um 7 Uhr eine Galatafel zu 100 Kurvis statt, zu der auch die deutsche Gesandtschaft geladen war.

Die königliche Familie verbrachte mit ihren Gästen den Mittwoch nachmittag auf dem Schlosse, da das schlechte Wetter alle Ausflüge verhinderte. Der Kaiser verließ dem Prinzen Gustav von Dänemark den Schwarzen Vierorden, sowie das Großkreuz des roten Adlers en sautoir. Ferner verließ der Kaiser an eine große Anzahl von Persönlichkeiten hohe Ordensauszeichnungen und machte verschiedene kostbare Geschenke.

Amends 8 Uhr fand im Kuppelsaal des Schlosses Fredensborg Galatafel statt. König Friedrich führte die Kaiserin, Kaiser Wilhelm die Königin von

Dänemark zu Tisch; ferner führte Prinz Adalbert die Kronprinzessin Alexandrine und Kronprinz Christian die Prinzessin Marie von Dänemark. Während der Tafel erhob sich König Friedrich und brachte in herzlichen Worten einen Trinkspruch auf den Kaiser und das kaiserliche Haus aus. Die Musik spielte die deutsche Nationalhymne. Gleich darauf erhob sich Kaiser Wilhelm und dankte mit einem Trinkspruch auf den König, die Königin und das königliche Haus, worauf die Musik die dänische Nationalhymne spielte. Nach der Tafel wurde im Gartenaal Kaffe getrunken, wobei Cercle abgehalten wurde.

Die Kopenhagener Blätter bringen anlässlich des Besuches des Deutschen Kaisers und der Kaiserin herzliche Begrüßungsartikel, in welchen die freundschaftlichen Gefühle hervorgehoben werden, welche Kaiser Wilhelm immer für das dänische Königshaus und das dänische Volk gezeigt hat. Das Blatt „Dannebrog“ schreibt: Alle Dänen sind darin einig, der deutschen Kaiserfamilie und der dänischen Königsfamilie in den kommenden Tagen auf Schlos Fredensborg ein gutes und angenehmes Zusammensein zu wünschen. Bei der heutigen Ankunft der kaiserlichen Familie werden alle Kopenhagener einmütig zeigen, daß die hohen Gäste des Königs und der Königin auch willkommenen Gäste des dänischen Volkes sind. — „Kjöbenhavn“ äußert: Der Besuch des Kaisers und der Kaiserin wird vom dänischen Volke mit ungemessener Genugtuung begrüßt. Wir sehen in dem Besuche nicht allein einen Beweis für die freundschaftlichen Gefühle, welche das Kaiserpaar für unser Königshaus hegt, welches wir achten und lieben gelernt haben, sondern wir erblicken darin auch zugleich einen Beweis der Sympathie des Kaiserpaars für das kleine Volk, welches immer noch die Erinnerung an seine frühere Größe zurückbehalten hat, andere wegen ihrer Größe nicht beneidet und nur wünscht, im Frieden mit allen zu leben, nicht zum wenigsten mit seinem südlischen Nachbar.

## Die Haager Friedenskonferenz.

Die zweite Unterkommission der Seerichtskommission, der auch Freiherr Marschall von Bieberstein, Präsident Redbo und Bourgeois deimohnen, beriet Dienstag vormittag unter dem Vorsitz des Grafen Tornielli über die deutschen Zusatzanträge zur Konvention von 1899 betr. die Anwendung der Genfer Konvention auf den Seeritzig.

Graf Tornielli hob in einer Ansprache den Einfluß der öffentlichen Meinung zugunsten eines großen humanitären Grundgesetzes auf die Entscheidungen der Regierungen hervor und wies auf die großen Schwierigkeiten hin, die sich der Anwendung der Genfer Konvention auf den Seeritzig entgegenstellten. So sei das Prinzip der Achtung vor dem Privateigentum, das im Landkriege ziemlich allgemein anerkannt werde, im Seeritzig noch nicht in Geltung. Die Konferenz von 1907 werde hoffentlich die Resultation der ersten Friedenskonferenz verwirklichen können, sodas die von 1906 von allen Mächten, mit Ausnahme Englands, Chinas und Japans, ratifizierte Genfer Konvention betr. die Anwendung des roten Kreuzes im Seeritzig mit zweckdienlichen Veränderungen in Kraft treten könne. Schließlich dankte Graf Tornielli der deutschen Legation für ihre in den Zusatzanträgen zum Ausdruck gelangte hervorragende Mitwirkung. Kommandant Sichel hob die Bedeutung der Konvention von 1899 hervor, und gab eine Zusammenfassung der deutschen Zusatzanträge, welche keineswegs einschneidender Natur seien. Der türkische Delegierte Turhan Pascha verlas eine Erklärung, in der an den Vorbehalt der Türkei betr. den Gebrauch des Halbmondes anfaßt des roten Kreuzes erinnert wird, und äußerte den Wunsch, daß die Konferenz eine diesbezügliche Abänderung in die Konvention einbringe, damit der Halbmond gleich dem roten Kreuz respektiert werde. Der persische

Delegierte schloß sich dem Vorbehalte der Türkei an und wünschte Anerkennung des persischen Wappens als Emblem der Genfer Konvention.

Besüglich des Zusatzantrages zu Artikel 3 betreffend den Schutz neutraler Lazarettschiffe bemerkte der französische Delegierte Renault, im Landkrieg gebe es zwei feindliche Linien, im Seekrieg gebe es keine Demarkationslinie. Siegel erklärte, das deutsche Amendement, nach welchem der Gegner von der Verwendung neutraler Lazarettschiffe rechtzeitig verständigt werden müsse, bewege, diese technischen Schwierigkeiten zu beseitigen. Auf Antrag Torriellis wurde das Amendement vorläufig zurückgestellt, bis eine entsprechende Formulierung gefunden sei. Der deutsche Zusatzartikel 5c bezüglich möglicher Achtung und Schonung der Lazarett an Bord der Kriegsschiffe veranlaßte eine Erörterung, an der Siegel, der englische Marinebelegierte Dillys, Torrielli und Bernart teilnahmen. Es wurde beschlossen, den Zusatzartikel behufs genauer Fassung vorläufig zurückzustellen. Betreffs des deutschen Zusatzartikels 5d, nach welchem der Schutz der Spitalfahrzeuge und Schiffslazarette aufhöre, falls dieselben zu dem Feinde schädlichen Handlungen benutzt werden, bemerkte Dillys, es sei ausgeschlossen, daß die Lazarett vorzeitig benutzt werden könnten und beantragte deshalb Streichung des Wortes „Schiffslazarett“. Konteradmiral Siegel stimmte zu, worauf der Zusatzartikel angenommen wurde. Der deutsche Zusatzartikel 5e, durch den bestimmt wird, daß die Mannschaft der Spitalfahrzeuge zu ihrer eigenen Verteidigung bewaffnet sein dürfe, wurde auf Antrag Renaults mit Zustimmung Siegels vorläufig zurückgestellt. Bei dem deutschen Zusatzantrag zu Artikel 6 betreffend Verwendung und Schutz neutraler Handelsschiffe, Jagden und anderer Schiffe, welche auf Grund eines Kriegführenden Verbundes aufnehmen, erklärte Siegel auf die Frage, ob es sich um das Recht der Requisition handle, daß lediglich ein freiwillige Hilfeleistung gedacht sei. Artikel 6 wurde vorläufig zurückgestellt behufs genauerer Definierung des Wortes dieser Schiffe. Die weiteren Zusatzanträge werden in der nächsten stattfindenden Sitzung zur Erörterung gelangen.

Betreffs der Behandlung der Schiffe Kriegführender in neutralen Gewässern haben dem Vornehmen nach die japanischen Delegierten einen Antrag unterbreitet. Diese Schiffe sollen sich neutraler Häfen oder Gewässer zu keinem militärischen Zweck bedienen dürfen; sie sollen in ihnen nicht länger als 24 Stunden bleiben, außer wenn das Meer zu gefährlich ist. Es dürfen nicht mehr als drei Schiffe Kriegführender, die demselben Staat gehören, in einen neutralen Hafen einlaufen, und es soll den Schiffe Kriegführender streng verboten sein, ihre Streitkräfte in neutralen Häfen oder Gewässern zu vermehren oder dort Munition, Kohlen und andere Vorräte einzunehmen. Kriegsschiffe, die diese Vorschriften nicht befolgen, sollen von dem neutralen Staat entwaffnet und während der ganzen Dauer des Krieges interniert werden.

### Aus Deutsch = Afrika.

Ueber die Verwertung fiskalischen Farmlandes in Deutsch-Südwestafrika hat Staatssekretär Dernburg unter dem 28. Mai eine Verfügung erlassen. Ihre wichtigsten Bestimmungen lauten: Fiskalisches Farmland darf nur an solche Personen verkauft oder verpachtet werden, die sich verpflichten, auf dem verkauften oder verpachteten Grundstück ihren Wohnsitz zu nehmen und daselbst zu bewirtschaften. Die Erfüllung dieser Verpflichtung ist im Verträge sicherzustellen. Das einzelne zum Verkauf oder zur Verpachtung gelangende Farmlandstück darf den Flächeninhalt von 20 000 Hektar nicht übersteigen. Niemand soll vom Hofes mehr als insgesamt 20 000 Hektar Farmlandes käuflich erwerben. Der Verkauf oder die Verpachtung fiskalischen Farmlandes hat in der Regel aus freier Hand zu erfolgen. Sind für daselbe Farmlandstücke mehrere Bewerber vorhanden, so kann der Gouverneur eine öffentliche Versteigerung desselben anordnen. Der Gouverneur wird ermächtigt, einem Käufer fiskalischen Farmlandes bei unverschuldeten Unglücksfällen im Wirtschaftsbetrieb einzelne Kaufgebühren zu fünden.

Eine Baupolizeiverordnung für den inneren Bezirk der Stadt Romo und mehrere Stadteile von Ancho hat der Gouverneur von Zogo, Graf Zeh, unter dem 8. Mai erlassen. Danach dürfen Häuser und Jänne aus Glas, Stroh oder ähnlichem feuergefährlichem Material nicht hergestellt werden. Zu Neubauten und Umbauten ist polizeiliche Genehmigung erforderlich, zu deren Erteilung die Vorlegung eines Bauplanes gefordert werden kann.

Schlechte Geschäfte macht die Kameruner Bergwerks-Aktiengesellschaft. Der Jahresabschluss für 1906 weist nach den Berliner „Neuesten Nachrichten“ bei einem Aktienkapital von 1 000 000 Mk., wovon 225 000 noch nicht eingezahlt sind, eine

Erhöhung der Unterbilanz von 219 865 Mk. (181 655 Mk.) auf. In der Generalversammlung am Sonnabend teilte der Vorsitzende, Finanzrat Seig, mit, daß die mit der Regierung seit Juni 1904 schwebenden Verhandlungen, einen beträchtlichen Schuld für etwaige Forderungen sowie ein genügend großes Konzeptionsgebiet zu erhalten, die Ende Juni 1905 zur vorläufigen Einstellung der Arbeiten führten, zu einem Ergebnis nicht geführt haben. Die eingehenden Besprechungen und Ermüdungen aller Gesichtspunkte hätten vielmehr zu der Ueberzeugung geführt, daß die verfügbaren Mittel nicht ausreichen, um die im Vertragentwurf der Regierung vorgesehenen Bedingungen erfüllen zu können, außerdem ließen verschiedene Bestimmungen des Vertragentwurfes es als nicht wahrscheinlich erscheinen, neues Kapital zu diesem Zwecke finden zu können. Aus diesem Grunde empfahl der Aufsichtsrat, zum 24. Juli eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen und durch sie die Auflösung der Gesellschaft beschließen zu lassen. Die Versammlung gab hierzu ihre Zustimmung. — Auch die Jahresrechnung der Kaufschuf Pflanzung „Mananja“ in Berlin und Victoria weist bei einem Aktienkapital von 1 Million Mark, wovon 100 000 Mk. noch nicht eingezahlt sind, eine Unterbilanz von 5705 gegen 6505 Mk. im Vorjahre auf. In welchem persönlichen Verhältnis steht übrigens der im Vorstand der Kameruner Bergwerks-Aktiengesellschaft stehende Finanzrat Georg Seig zu dem Wirtl. Ob. Legationsrat Dr. Seig vom Kolonialamt.

### Deutschland.

(Zur Kennzeichnung des Regierungsrats Martin), der dadurch bekannt geworden ist, daß er wegen eines sehr pessimistisch gehaltenen Wertes über die russischen Finanzen gemapregelt wurde, und der jetzt behauptet hat, den Rücktritt des Grafen Bosadowsky veranlaßt zu haben, teilt der „Gann. Cour.“ folgendes mit: „Im Jahre 1903 zu Beginn der Wahlbewegung meldete sich auf dem Zentralbureau der Nationalliberalen Partei zu Berlin Herr Regierungsrat Rudolf Martin, der damals noch im Reichsamt des Innern Dienst tat. Er erklärte dem Generalsekretär der Nationalliberalen Partei, er fühle und denke nationalliberal und bitte, ihn als nationalliberalen Kandidaten aufzustellen! Herr Generalsekretär Breithaupt hat den Fremdling, wie sich das gebührt, höflich empfangen und nach verständlicher Unterhaltung erklärt, er wolle von den Ansichten und Absichten des Herrn Regierungsrats gern Kenntnis nehmen. Nach acht Tagen kam Herr Martin abermals auf das Zentralbureau und meinte, Herr Generalsekretär Breithaupt möge sich nicht weiter bemühen; er habe soeben eine Depesche des Parteiführers der sächsischen Konservativen, des Geheimen Hofrats Dr. Wehnert, erhalten, in der ihm dieser eine konservative Kandidatur in einem sächsischen Wahlkreis zusichere. Binnen acht Tagen war Herr Martin also aus einem Nationalliberalen ein Konservativer geworden. Sozusagen also im Lustumobiltempo.“ Das genannte Blatt betont ausdrücklich, daß es für die hier gemeldeten Tatsachen die volle Gewähr übernimmt.

(An die 12 000 Mk. Affäre), die seinerzeit das persönliche Ansehen des bisherigen Staatssekretärs des Innern Grafen Bosadowsky in vielen Kreisen nicht unerheblich erschütterte, er innert die „Wost. Zig.“ zum Beweis dessen, daß die Liberalen gar keinen Anlaß haben, den Grafen Bosadowsky für sich zu reklamieren und über seinen Abgang unwillig zu sein. Da jene Angelegenheit schon einige Jahre zurückliegt und die Erinnerung daran bei vielen bereits etwas verblaßt ist, so dürfte es angebracht sein, die Darstellung der „Wost. Zig.“ zu reproduzieren. Das genannte Blatt erzählt: Graf Bosadowsky hätte das sogenannte „Zuchtbaugesetz“ ausgearbeitet, und um seine Ansichten zu fördern, erbat sich das Reichsamt des Innern von dem Zentralverband der Industriellen, von den „Scharfmachern“, 12 000 Mk., worüber der Generalsekretär Bredt einigemmaßen erkaunt und auch nicht besonders erfreut war. Das Schreiben des Herrn Bredt, das von diesem Wunsch Kunde gab, stoz dem sozialdemokratischen Abgeordneten Schönknecht auf den Tisch und wurde in der „Reiniger Volkszig.“ veröffentlicht. Natürlich kam die Angelegenheit im Reichstag zur Sprache. Man mußte, daß der Direktor v. Wodtke die 12 000 Mk. erbeten hätte. Der Unglückliche fehlte bei der Debatte. Aber an der Seite des Reichsanwalters saß Graf Bosadowsky. Graf Bülow feierte die eminente Arbeitskraft, die Kenntnisse, den Charakter des Staatssekretärs in den wärmsten Worten. Aber er erklärte zugleich: „Ich sehe nicht an, trotz des guten Glaubens, in dem die beteiligten Beamten gemeint haben, einer Vorlage der Regierung zu dienen, den dabei eingeschlagenen Weg als einen Mißgriff zu bezeichnen.“ Die beteiligten Beamten,

das waren mindestens zwei. Wer war der zweite? Graf Bosadowsky folgte dem Schauspiel mit summer Würde, als ginge ihm die ganze Sache nichts an. Aber ein paar Wochen später war er genötigt sein rätselhaftes Schweigen zu brechen. Und das kam so. Nach der Sitzung vom 24. November 1900 begab sich der Direktor v. Wodtke zu dem Staatssekretär Grafen Bosadowsky und stellte ihm zur Rede, weshalb er ihm mit keinem Worte verteidigt habe, ihn, der die Rolle des Sündenbocks übernehmen sollte, während er doch nur den Auftrag des vorgelegten Staatssekretärs ausgeführt habe. Graf Bosadowsky erwiderte ganz ehrlich: „Dann hätte ich ja geben müssen.“ Aber Herr v. Wodtke genigte dieser Bescheid nicht, und so mußte sich Graf Bosadowsky am 12. Dezember bequemen, eine Erklärung abzugeben. Allerdings lärt er den Sachverhalt auch jetzt nicht auf; er übernahm nur die Verantwortung für das, was in seinem Amt geschehen war. Ob er von dem Ansuchen an den Zentralverband gewußt habe oder nicht, ob es veranlaßt habe oder nicht, sei vollkommen nebensächlich. Für den Staatssekretär vielleicht, für den Direktor nicht. Denn hatte Herr v. Wodtke, der monatlang schweren Angriffen ausgesetzt war, nur im Auftrag des Grafen Bosadowsky gehandelt, so hätte er aus jeder Verantwortung aus. Jetzt aber mußte Herr v. Wodtke daran glauben; ein halb Jahr später war er nicht mehr Direktor im Reichsamt des Innern, sondern auf einem unpolitischen Posten kaltgestellt. Er hat diese Behandlung nie verwenden können und mit tiefer Bitterkeit davon gesprochen.

(Die Kriegervereine des 16. Armeekorps), die wegen Nichtannahme der Rier Beschlüsse aus dem preussischen Landeskriegerverband ausgeschlossen und von der Spalierbildung anlässlich der diesjährigen Kaisermanöver zwangsweise ausgeschlossen worden sind, haben nach einer Meldung aus Dortmund, den Zusammenfluß zu einem freien preussischen Landeskriegerverband beschloffen. Eine allgemeine Delegiertenversammlung ist zum 14. Juli nach Schwerte einberufen.

(Der Ablösungstransport für das ostasiatische Detachement) ist auf dem Dampfer „Miltebod“ des Norddeutschen Lloyd am 2. Juli wohlbehalten in Colombo eingetroffen und am 3. Juli nach Hongkong weitergefahren.

(Die Presse der deutschen Sozialdemokratie) spricht sich über den österreichischen Premierminister v. Bed mit großer Anerkennung aus. Eine Wiener Korrespondenz des „Vorwärts“ räumt, die besonnen abwägende Sprache „seiner Programmrede, die wohlwollend absteht von „den Hygreden, mit denen seit der letzten Wahl der deutsche Reichstag regaliert wird.“ Diese Auffassung scheint uns auf einer bedenklichen Begriffsverwirrung zu beruhen; „Hygreden“ über den Reichstag sind doch nur von Sozialdemokraten gehalten worden, aber nicht von den bürgerlichen Parteien, oder gar vom Ministerkabinett aus. Wenn im übrigen der österreichische Ministerpräsident sich mit bemerkenswerter Objektivität über die dortige Sozialdemokratie äußert, so ist das sehr erhellend; die österreichische Sozialdemokratie ist eben ganz anders geartet als die deutsche. Sie verschmäht im allgemeinen die demagogische Agitation und beteiligt sich lieber an der positiven Mitarbeit im Parlament. Sie hält infolgedessen auch an dem Anspruch einer Vertretung im Präsidium fest, da diese für die Partei „angehend der österreichischen Parteiverhältnisse sehr wichtig ist.“ Der Anspruch wird auch, sobald die von allen Parteien gemeinsame Vernehmung der Vizepräsidentenstellen durchgeführt ist, zweifellos respektiert werden. Die österreichische Sozialdemokratie nimmt also an den den Mitgliedern obliegenden Repräsentationspflichten gegenüber der Krone keinen Anstoß, wie ja auch die bairische und heffische Sozialdemokratie sich hieran nicht geteilt und ihre Mitglieder in das Präsidium, bzw. das Bureau delegiert hat, und wie es in Zukunft auch nach einer Anknüpfung der „Münchener Post“ die bayerische Sozialdemokratie zu halten gedenkt.

### Vermischtes.

(Vom Eisenbahnzug zermalmt) Die Frau des Reichsrats Reper-Altona, die neben dem Schienenranger der Strecke Altona-Banensene Blumen gepflücht hatte und noch unmittelbar vor einem heranrollenden Zuge über das Geleis laufen wollte, wurde von der Maschine erfaßt und von den Rädern vollständig durchschnitten. Die Frau war auf der Stelle tot.

(Nach ein Opfer des Luftmörders von Ranna.) Das zweite Schulmädchen, das von dem 17-jährigen, festgenommenen Luftmörder verletzt wurde, ist nunmehr ebenfalls gestorben.

(Schwere Unwetter in Böhmen.) In ganz Böhmen sind in den letzten drei Tagen schwere Gewitter mit wolkenartigem Regen und irdenschellen Hagelwetter niedergegangen, die an Feldern und Kulturen großen Schaden anrichteten. Viehlaß haben Wühlgräbe stattschaffen, durch die Schadenverursacht wurden.

(Absturz im Bergwerk) Dem „Berl. Lok.-Anz.“ zufolge stürzten im Bergwerk Druffelschlag (Browitz bei Scharf) drei Bergleute in einen Schacht. Einer war sofort tot, die anderen sind schwer verletzt.



Mein diesjähriger großer

# Saison-Räumungs-Verkauf

bietet nach wie vor in allen Abteilungen  
hervorragend billige Gelegenheitskäufe in

**Konfektion:** Damen- u. Kinderkleidern, Kostümen, Kostumeröcken, Blusen,  
Staubmänteln und Haveloks.

Reste und Restbestände aller Warengattungen.

## Otto Dobkowitz, Entenplan 3.

**Schuljunge,**  
13 Jahre, wird zum Besorger und Strafen  
sehen gesucht. **Jetschke, Goldschm. 10.**

**Zwei Ziegeleiarbeiter**  
werden angenommen  
**Ziegelei Hallesche Strasse.**

**Guter Hofenschnneider**  
auf Stoff gesucht.  
**Bildebrandt & Rulfkes.**

**Müchterne Arbeiter**  
und tüchtige Zimmerleute  
werden bei hohem Lohn gesucht  
**Buntpapierfabrik, Neumarkt.**  
zu melden beim Keller **Täubel.**

**Tücht. Schmiede**  
für Winkelarbeit, Feuerschmiede,  
Jungschmiede, Eisendreher, Werk-  
zeugdreher, Werkzeugschlosser,  
Maschinenschlosser, Hobler u. Fräser  
finden bei uns dauernde Stellung bei hohem Lohn.  
**Henschel & Sohn,**  
Lokomotivfabrik Cassel.

**Kräftige Arbeiter**  
und Burschen  
finden jederzeit lohnende  
Beschäftigung.  
**Königsmühle.**  
Einen zuverläss. Gefährführer  
sucht **L. Weniger, Oberbreitzstr. 3.**  
Für den Betrieb unserer Privatbahnanlage  
suchen wir per sofort oder später einen tüchtigen,  
müchternen und gewissenhaften

**Baugierere.**  
Diejenigen, welche auf der Staatsbahn einen  
solchen Posten schon inne gehabt haben und  
Erfahrung besitzen, werden bevorzugt.

**Königsmühle.**  
1 Paar geübte **Airschneidm**  
heißt ein **Albert Schütze, Göbbich.**

**Frauen**  
zur Felzarbeit nimmt an  
**Eduard Klaus.**

**Ältere Mädchen**  
oder unabhängige Frauen  
für Fabrikarbeit gesucht.  
**B. A. Blankenburg.**

**Eine Wirtschafterin**  
wird gesucht. **Karl Marx, Genua.**

**Sonntag den 7. Juli 1907, nachm. 1/2 3 Uhr,**  
**III. Ruder-Regatta bei Halle a. S.,**  
veranstaltet vom Saale-Regatta-Verein  
auf der Saale zwischen Lettin u. Bad Neu-Ragoczy  
unter dem Protektorat des Herrn Königl. Regierungs-Präsidenten  
Freiherrn von der Heide, Merseburg.

**14 Rennen**  
werden von 12 Vereinen aus Leipzig, Dessau, Dresden, Weizenfels, Waage-  
burg, Pirna i. S., Bamberg und Halle S. mit  
insgesamt **54 gemeldeten Booten**  
bestritten. Direkte Verbindung vom Heidefelder Bahnhof in Halle S.  
nach dem Regatta-Platz (von Döllau aus Kremler in genügender Anzahl).  
Während der Regatta Doppel-Konzert am Ziel und in Neu-Ragoczy.  
Zeilstraße 3 beim 2. Hof (Festplatz 1 Hof (Schiller 50 Pl.), Alterplatz 30 Pl.).  
Im Vorverkauf Ermäßigung. Näheres die in Halle ausgehängten Plakate.

## Bad Lauchstädt.

Sonntag den 7. Juli etc.  
nachmittag Konzert, abends Ball.  
Dienstag, Mittwoch, Freitag nachmittags Konzert.

## Geschäfts-Übernahme.

Mit Gegenwärtigen gefasste ich mir, einem hochgeehrten Publikum  
von Merseburg und Umgebung die ergebene Mitteilung zu machen, daß  
ich den Gasthof

## „Zu den drei Kronen“,

**Lauchstädterstrasse,**  
am heutigen Tage übernommen habe. Indem ich bekräftigt sein werde,  
meinen werthen Gästen nur das Beste, was Küche und Keller bietet, zu  
günstigen Preisen zu liefern, um ihnen den Aufenthalt in meinem Lokale  
so angenehm wie möglich zu gestalten, bitte ich höflich, das meinem  
Vorgänger geschenkte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen.  
Zum Ausfluß kommt das beste

**Bier der Halleschen Aktien-Brauerei.**

Ergebenst  
**Hermann Härtel.**

## Ritter Pianos

begründen seit 1820 ihren Weltruf durch  
**solideste Arbeit**  
größte Zerschönheit sowie  
unübertroffene Preiswürdigkeit.

**C. Rich. Ritter, Halle, Pianoforte-Fabrik.**  
Prachtkatalog gratis.

## Lohnend. Nebenverdienst

findet kautionsfähiger Halbvalide oder pensionierter  
Subalternbeamter durch Übernahme der alleinigen Ex-  
pedition einer gut eingeführten Zeitschrift in Merseburg.  
Offerten unter **L G 23** an die Annoncen-Expedition  
**Daube & Co., Leipzig, Peterstraße.**

## Kaiser-Wilhelms- Halle, Theater.

Direktion: Hans Mühsen.  
Sonabend den 6. Juli Anfang 8 1/4 Uhr

Halbe Preise:  
**Lenore**  
die Grabesbraut.  
Baterländisches Schauspiel aus der preussischen  
Geschichte mit Gesang in 5 Akten  
von Karl v. Holtei.

**Mädchen und Frauen**  
zur Fabrikarbeit gesucht.  
**Arthur Kornacker.**

**Waschfrau**  
wird gesucht. Zu erfragen i. d. Exped. d. Bl.  
**Ein junges Mädchen**  
aus besserer Familie, nicht unter 18 Jahren,  
wird zur Pflege und Beschäftigung einer  
kleiner Mädchen von 3 und 4 Jahren gesucht.  
Zu melden **Leunacstr. 3 I.**

Wegen Krankheit meines jegigen  
suche sofort ein kinder-mädchen,  
am liebsten vom Lande, im Alter von  
15-16 Jahren.

**Frau Rosch, Ziegelt.**  
Gesucht für sofort ein älteres Mädchen oder  
alleinlebende Witwe als Stütze der Haus-  
mutter, sowie ein jüngeres Mädchen zu  
Haus- und Küchenarbeiten.  
**Provincial-Erziehungsanstalt Lauchstädt.**

Ein ordentliches  
**Dienstmädchen,**  
am liebsten vom Lande, zum 15. August ge-  
sucht.  
**Gotthardstr. 16, part.**

**Eine Aufwartung**  
wird gesucht **Weiße Mauer 10, part.**

**Eine Aufwartung**  
loft gesucht **Lauchstädterstr. 12.**

**Junges Mädchen als Aufwartung**  
für einige Stunden vormittags gesucht  
**Globisauerstr. 20, II.**

**Aufwartung**  
für vormittags sofort gesucht  
**Weißenfelderstr. 14 e, part.**

Junges Mädchen als  
**Aufwartung**  
für vormittags sofort gesucht.  
**Weißenfelderstr. 14 b I.**

**Eine Aufwartung**  
gesucht **Dow-Proppelt 3.**

Ein Mädchen als  
**Aufwartung**  
für den Nachmittag gesucht **Burgstr. 5, II.**

**Ein grauer Samtgürtel**  
verloren. Bitte abzugeben  
**Adler-Dogertei Wilh. Fiedlich.**

**Ein grosser Schäferhund**  
(selb gran) ist zugelaufen. Gegen Futter-  
kosten und Injektions-Gebühren **Saalftr. 13**  
abzugeben

Hierzu eine Beilage.



Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Kaiser Franz Josef ist Mittwoch früh 7 Uhr zu zweimonatigem Sommeraufenthalte nach Ischl abgereist. — Im österreichischen Abgeordnetenhaus wird im weiteren Verlauf der Dienstag-Sitzung Finanzminister von Forstomefi bezüglich des Verhältnisses zwischen Beamten und dem Staate auf die Äußerungen des deutschen Staatsrechtslehrers Laband hin, das die Erfüllung der Beamtenpflicht nicht als eine Kontrakterfüllung anzusehen sei, sondern als die Erfüllung der übernommenen Pflicht zur Treue und zum Gehorsam. Das Dienstverhältnis der Beamten sei wesentlich verschieden von dem vertragmäßigen Arbeitsverhältnis. Der Minister führte weiter die Auffassung des französischen Rechtslehrers Bonfils an, der das Kontraktrecht der Staatsbediensteten grundsätzlich ausschließt. In diesem Falle habe die österreichische Regelung gemäß eine liberale Auffassung, da sie die in zulässigen Bahnen sich bewegenden Beamtenorganisationen sympathisch begriffe. Beamtenfreunde könne die Regierung nicht dulden und werde sie nicht dulden. (Lebhafter Beifall.) Der Minister verwies auf die Verfügungen, die der preussische Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben im Landtage aus Anlaß des Streits bei der Berliner Straßenbahn geübt hat sowie auf den Erlaß des Fürsten Blomard bezüglich des Verhältnisses der politischen und der nichtpolitischen Beamten zur Regierung. Der Minister erinnerte daran, daß die gesamte französische Kammer die Haltung der radikalen französischen Regierung durchaus gebilligt habe, die diese bei den Ausschüssen der Hofbeamten und den Lehrer eingemommen habe. Ferner betonte der Finanzminister, das Haus könne aus den vorgebrachten Daten über die gemäßigten Beamten die Überzeugung gewinnen, daß die Maßregelung lediglich wegen Dienstreue unter weitausgehender Rücksichtnahme auf die Familien der Gemäßigten erfolgte. Die Zurücknahme dieser Verfügung ist so wenig möglich, als zwei derselben die strafbare Beuehmen auch nach der Disziplinierung noch fortsetzen. Der Minister bat, sämtliche Dringlichkeitsanträge abzulehnen, mit Ausnahme des Antrages Strauß auf baldige Schaffung einer Dienstpragmatik, die ja bereits schon in der Thronrede angeknüpft sei. Nach längerer Debatte lehnte das Haus die Dringlichkeit sämtlicher Anträge mit Ausnahme des Antrages Strauß ab, dem Dringlichkeit einstimmig zuerkannt wurde, worauf seine einstimmige Annahme erfolgte. Zu der Intervention der Sozialdemokraten betr. die Auflösung der russischen Reichsbüma erklärte der Ministerpräsident Frhr. v. Beck, die Intervention stelle sich als ein Versuch der Einmischung in die innerpolitischen Verhältnisse eines anderen Staates dar, was nach allgemein anerkannter völkerrechtlicher Grundsätze dem Prinzip der staatlichen Souveränität widerspreche. Die Regierung müsse sich gegenüber dem Anstehen, das Vorgehen der russischen Regierung auf der Haager Friedenskonferenz zu erörtern, ablehnend verhalten. Der Ministerpräsident sprach über die Angriffe auf die russische Regierung sehr lebhaftes Bedauern aus und wies diese Angriffe zurück. — Eine Kundgebung gegen den neuen Banus Rakobczay wurde Dienstag nachmittag und abend von Studenten in Nagam veranstaltet. Die Polizei, welche einschreiten mußte, wurde mit einem Steinhaue empfangen. Ein Geheimpolizist wurde am Kopfe schwer verundet.

Frankreich. Die Nachricht von der Nichtentlastung Macelm Alberts, Ferrouls und Genossen hat in den südlichen Departements große Bewegung hervorgerufen; zu Aufhebungen kam es nicht. — Der Wingerauschuss von Argeliers lud die Vertreter aller verbundenen Gemeinden ein, sofort noch vor dem 10. Juli, daß heißt noch vor dem von der Regierung gestellten Termin, einen einstimmigen Beschluß zu fassen, daß die Bürgermeister und Gemeinderäte nicht in die Wägen zurückkehren und bei dem passiven Widerstand bleiben, der gegenwärtig besteht. — Wezüglich der Entlastung des Militär-Jahrganges 1903 zum 12. Juli d. J. wurde in dem am Dienstag im Götise abgehaltenen Ministerrat beschloffen, daß wegen der infolge der Ereignisse im Süden stattgehabten Truppenverlegungen die Entlastung dieser Mannschaften erst jeweils zu dem Zeitpunkt erfolgen soll, zu dem sie in ihre respektiven Garnisonen zurückkehren. Ferner wurde beschloffen, die Kammer um ihre Genehmigung dazu zu ersuchen, daß die Mannschaften der Garnison Gorb, die zu der Jahrgangsklasse 1903 gehören, noch bei der Fahne behalten werden.

Rußland. Nach einem Privattelegramm der „Ragdebg. Zig.“ wird der Verband der acht

russischen Leute am 14. d. M. in Petersburg seinen Wahlkongreß abhalten. Die Wahlbewegung ist in allen politischen Lagern bereits lebhaft im Gange. — Das Marineministerium gab der Newa zwei Panzerkreuzer in Bau. Die Bauzeit soll drei Jahre betragen. — Dem Entwurf betr. die Gründung einer besonderen Akademie für den Generalstab der Marine hat der Kaiser auf den Bericht des Marineministers hin seine Zustimmung erteilt. Man beabsichtigt die Akademie 1908 für 35 Schüler zu eröffnen. — Ministerpräsident Stolypin begab sich nach einer Meldung aus Petersburg mit seiner Familie zu einem Erholungsurlaub nach Schweden. — Dem General-Gouverneur von Finnland Gerhard ist vom 7. Juli ab ein zweimonatiger Urlaub bewilligt worden. Der Kommandant des 22. Armeekorps wird seine Vertretung übernehmen. — Das Kriegsgericht in Riga verurteilte acht Bauern zum Tode. — Sechs Petersburger Rechtsanwält, die häufig in politischen Prozessen auftraten, erhielten Dienstag durch die Post anonyme Schreiben mit der Aufforderung, daß sie von einer geheimen Organisation zum Tode verurteilt seien. — Vier Teilnehmer an dem am 12. Juni in einem Petersburger Leibhause verübten Raube sind vom Kriegsgerichte zum Tode verurteilt worden.

Spanien. Zum spanischen Kriegsminister wurde General Primo de Rivera ernannt.

Morocco. Kaiserlich hat den Raib Sir Harry Maclean, der sich aufgeknüpft hatte, um vom Nachsten die Begnadigung Kaiserlich zu erwirken, gefangen genommen. Kaiserlich wird nun, um seine Begnadigung zu erlangen, selbst Bedingungen stellen und ein Lösegeld für die Freilassung Macleans fordern. — Aus Marakesch wird gemeldet, daß die Rehammas wieder eine drohende Haltung annehmen, seitdem sie wissen, daß die Reife des Sultans aufgeschoben ist. Der Sultan versammelte die Beyre, welche sich sämtlich dahin aussprachen, daß es dringend notwendig sei, Truppen nach Marakesch zu entsenden, dies aber als unmöglich anerkannt, da es an Geld fehle.

Nordamerika. Betreffs der Entsendung der amerikanischen Schlachtschiffe nach dem Stillen Ozean werden, wie die „Associated Press“ aus Oysterbay meldet, in der Umgebung des Präsident Roosevelt die Zeitungsmeldungen als unbegründet bezeichnet, das wegen der antiamerikanischen Volksstimung in Japan 16 amerikanische Schlachtschiffe vom Atlantischen nach dem Stillen Ozean beordert werden sollen, und es wird erklärt, daß Roosevelt niemals eine solche Bewegung in Erwägung gezogen habe.

China. Aus Wontong wird gemeldet, daß Auführer von kaiserlichen Truppen überrascht und daß 80 von ihnen gefangen genommen wurden. Um den Namen ihres Führers zu erfahren, ließ der Vizekönig Watschan die Gefangenen foltern, indem er brennendes Harz auf ihre unbedeckten Körper gießen ließ. Die Gefangenen verweigerten aber die Auskunft. — Das Zollamt in Dalny ist am Montag entsprechend dem von Sir Robert Hart und Hayashi unterzeichneten Abkommen eröffnet worden.

Nordschleswig wegen deutschfeindlicher Agitation vor mehreren Jahren verfügte Ausweisungsbefehl zurückgenommen worden. Infolgedessen werden beide sofort nach ihrem Hof in Schleswig zurückkehren. Finemann der Ältere hatte eine höchste Gerichtsentscheidung dafür erreicht, daß er preussischer Staatsangehöriger sei; nichtbedenklicher wurde sein Sohn ausgewiesen, und durch Wiederaufnahme der Sache wurde ein diametral entgegengesetztes Urteil erzielt.

Provinz und Umgegend.

Halle, 3. Juli. Das Halle'sche Diakonissenhaus, das Mutterhaus der Provinz Sachsen, beugte heute unter starker Beteiligung sein goldenes Jubiläum. Den Höhepunkt der Feier bildete ein Festgottesdienst in der St. Stephanuskirche, bei dem Generalsuperintendent Jacobi die Festpredigt hielt und Pastor Jordan vom Diakonissenhaus den Festbericht erhaltete. Als Vertreter des Oberkirchenrats überbrachte Erz. Voigt's Gläubigenrats, im Namen der lobesthen Kirchenbehörde der Provinz Sachsen Erz. v. Wartenstein. Vorpäsident v. Wilmowski teilte mit, daß der Kaiser dem Chefarzt des Diakonissenhauses, Professor Dr. Genzmer, den Charakter als Geh. Medizinalrat verliehen habe, ferner den Roten Adlerorden an Pastor Jordan und an den Oberarzt Dr. Wittbauer. Regierungspräsident Freiber v. d. Rede überbrachte im Namen der Kaiserin eine Prachtblinde, Stadtschulrat Wendel namens der städtischen Körperschaften eine Jubiläumsgabe von 10 000 M. Weiter übermittelten je 1000 M. der Vertreter des Zentralausschusses für innere Mission und der Verein für Frauenhilfe.

Halle, 4. Juli. In einem hiesigen Steinbruch entstand unter Steinbrucharbeitern ein Streik, der in Tätlichkeiten ausartete. Der Steinbrucharbeiter Tügel von hier wurde dabei so jugerichtet, daß er bedenklich am Art gefahren werden mußte. Am Abend wurde er der Halle'schen Klinik zugeführt. Zwei andere Arbeiter mußten sich auch in ärztliche Behandlung begeben. — Gestern morgen wurde der 11 Jahre alte Wily Schneider, als er von seinem Eltern gewendet werden sollte, tot aufgefunden. Der Knabe war am Tage zuvor noch ganz munter. Woran er gestorben ist, ist noch unbekannt.

Zeulenroda, 3. Juli. Auch über die hiesige Gegend haben sich schwere Gewitter entladen. Durch Hagelgeschlag wurden im hiesigen Gute in Kleinwolfsdorf fünf Kinder getödet.

Annaburg, 4. Juli. Jugend von heute. Drei Schulfrauen verschafften sich dieser Tage durch Einsteigen aus einem hiesigen Weinlager fünf Flaschen schweren Weines und lernten sie im angrenzenden Garen bis zum Grunde. Der eine Knabe wurde betäubungslos aufgefunden und erkrankte lebensgefährlich an Alkoholvergiftung, die beiden anderen kamen mit einem tüchtigen Kaufe davon.

Hellingsdorf, 4. Juli. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich auf der Bahnhofsstraße Nordhausen-Kassel unweit Giesberg. Ein Mann, der in Giesberg in den Nacht-Personenzug nach Kassel eingestiegen war, fiel zwischen Giesberg und Wilsenhausen zur Coupletur heraus. Er brach sich die Nase vollständig ab, brach den linken Arm und erlitt schwere Kopfverletzungen. Am dem Aufkommen des Verunglückten wird gezwweifelt.

Lokalnachrichten.

Mersburg, den 5. Juli 1907.

Lieferung künstlicher Gebisse durch die Landes-Versicherungsanstalt. Ein unvollständiges und krankhaftes Gebiß ist oft bei mangelhafter Ernährung die Ursache schwerer Erkrankungen, wie Magenatarrh, Blutarth, Nervosität usw. Da nun heutzutage Kranke nicht selten die Veranlassung zur Gewährung von Invaliditäten sind, so ist die Versicherungsanstalt nach § 18 des Gesetzes befugt, die drohende Invalidität in diesen Fällen durch Beschaffung künstlicher Gebisse abzuwenden. Es dürfte dies in den beteiligten Kreisen noch wenig bekannt sein, trotzdem im Jahre 1904 gegen 450 und im Jahre 1905 gegen 600 männlichen und weiblichen Versicherten allein im königliche Sachsen Jahressatzstücke geliefert worden sind. Dabingehende Gebisse vermitteln die Stadträte bzw. Gemeindebehörden. Um die Versicherten für sorgfältige Instandhaltung des gelieferten Zahnersatzes mehr zu interessieren, haben dieselben zu der nicht unbedeutlichen Aufschlagskosten einen Teil mit beizuführen, wozu dann die beteiligten Krankentassen auch ihrerseits ein Drittel der Kosten aufzubringen haben. Die Zahnersatzstücke werden nur von anerkannt tüchtigen Zahnärzten von









# Correspondent.

**Bezugspreis** Vierteljährlich: Bei Abholung von den Postgebühren 1 RM., monatlich 35 Pf.; durch die Postbezogen und die Post bezogen 1,00 RM., durch den Postboten im Hause 1,25 RM. Einzelnummer 5 Pf.  
Abdruck wöchentlich 6 mal wöchentlich halb 8 Uhr, mit Anstoß der Lage und den Sonn- u. Feiertagen; in den Abgabestellen am Tage vorher abends 8 Uhr.

**Wöchentliche Gratisbeilagen:**  
3 seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modellebeilage.  
4 seitige landwirtschaftliche u. handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

**Anzeigenpreis** für die einsp. Zeile oder deren Raum 1. Stadt u. Kreis 10 Pf., außerhalb 15 Pf., kleine Anzeigen 25 Pf.  
Bestellen pro Seite 30 Pf. Bei Überholungen Rabatt. Anzeigen werden von unserer Geschäftsstelle sowie sämtlichen Annoncenstellen entgegengenommen.  
Nachdruck unserer Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet.  
Für unentgeltliche Einrückungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 155.

Freitag den 5. Juli 1907.

34. Jahrg.

## Der Petersprozess.

Von führender parlamentarischer Seite wird uns geschrieben: Die Klage gegen den Redakteur Gruber hat zu der Beurteilung zu einer Geldstrafe geführt, wie vorauszusehen war. Seine schweren Beleidigungen waren weder auf Grund der Verletzung berechtigter Interessen, noch durch Wahrheitsbeweise straflos zu machen, aber sie sind nicht mit Gefängnis bestraft, weil dem Beleidiger keine niedrige Abstrafe beigegeben ist und weil er doch so viel Tatsachen beigebracht hat, daß seine sachlichen Behauptungen stark unterstützt wurden.  
Wie es heißt, will Herr Gruber nicht Berufung einlegen. Er hat ja den Erfolg, den er wollte, in vollem Maße erreicht, und sein Blatt wird gern die Kosten des selben tragen. Aber auch Herr Dr. Peters will schwerlich eine Wiederholung solcher Verhandlungen wünschen, wie er sie erlebt hat.  
Das Schöffengericht hat sich nicht auf eine ausführliche Beurteilung des großen beigebrachten Materials eingelassen. Das war auch nicht seine Sache; das Urteil bezieht sich auf die gegen Peters erlassenen Disziplinarurteile. Es begnügt sich, festzustellen, daß gewisse und besonders grobe Schimpfworte unzutreffend seien, und gibt der Ansicht Ausdruck, daß bei der Hinrichtung der Negerin Zagodja geschlechtliche Motive nicht maßgebend gewesen seien, wohl aber bei der Hinrichtung des Mabrut. Im übrigen wird keine Einwendung gegen die Disziplinarurteile erhoben.  
Von einer Rechtfertigung des Dr. Peters durch das Urteil des Schöffengerichts kann keine Rede sein. Die Verhandlung hat ihn vielmehr für jede öffentliche Anstellung unmöglich gemacht. Die Disziplinarurteile, die ihn auf das schwerste diskreditieren, sind durch die Verlesung allgemein bekannt geworden und in der Hauptsache durch die Aussagen der Zeugen und Sachverständigen und durch das eigene Verhalten des Dr. Peters unterstützt. Man mag ihm die größten Verdienste um die Erwerbung von Matrika zuschreiben, den dort herrschenden Verhältnissen im höchsten Maße Rechnung tragen, so kann man doch nicht umhin, anzuerkennen, daß Dr. Peters sich maßlos überhebt, sich nicht zu beherrsigen vermag und sich nicht unterzuordnen versteht. Einem solchen Manne kann Deutschland ein Amt nicht übertragen, am wenigsten in Afrika, da er über die Behandlung der dortigen Eingeborenen Anschauungen geltend gemacht hat, welche deutscher Stellung durchaus widersprechen.  
Die Aussagen des Dr. Peters werden auf tun, ihre einzuzufassen, die Befehle anzustellen, Mögen leicht gar. Aber ist nicht will, so n können  
kuriges ialver- samkeit, fsumntis dberleien Kolon- erberb- von Roeren Kolonial- ge Leute u hoffen, uibert gemacht, teilar der Haupt- g, inbe- frei zu hangt davon ab, daß er die rechten Leute an der rechten

Stelle hat, nicht Abneuer und Sportsmänner, sondern verständige, nächste und humane Verwaltungsbeamte.

Leider werden die Münchener Verhandlungen noch manche Nachwirkungen haben: Beleidigungsklagen, Disziplinationen in der Presse, Verhandlungen im Reichstage! Bebel hat sie schon in Aussicht gestellt, und sowohl Herr v. Liebert als auch Herr Trendelenburg werden nicht umhin können, sich wegen ihres Verhaltens zu verantworten. Man wird auch von der Kolonialverwaltung eine Erklärung darüber fordern, warum die Auslieferung der Akten über das Disziplinarverfahren verweigert und warum einigen Beamten die Ablegung des Zeugnisses untersagt ist. Die Verhandlungen würden viel klarer geworden sein, wenn mindestens die Urteile von Anfang an vorgelegen hätten und wenn z. B. Oberamrat Hellwig hätte vernommen werden können. Von solcher Bürokratischen Geheimtun darf nicht mehr die Rede sein, wenn die Kolonialpolitik Vertrauen im deutschen Volke genießen will.

Hoffen wir, daß der Münchener Prozeß die widerwärtigen Kolonialskandale abschleift, die viel zu viel Presse und Reichstag beschäftigt haben. Die Aufgaben der Kolonialpolitik sind groß und ernst und es darf der Nation nicht immer wieder die Neigung, sich ihnen zu widmen, durch solche Dinge verleidet werden.

## Das deutsche Kaiserpaar in Dänemark.

Die Kaiserjacht „Hohenzollern“ mit dem Kaiser und der Kaiserin sowie dem Prinzen Waldalbert an Bord, und die Begleitsschiffe „Königsberg“ und „Steiner“ haben Mittwochs vormittag 9 1/2 Uhr Dragoer auf der Insel Amager passiert. Bei dem Feuerschiff von Dragoer begab sich die deutsche Gesandtschaft an Bord der „Hohenzollern“.

Kurz nach 10 Uhr glitt unter strömendem Regen die „Hohenzollern“ unter dem Salut der Forts und der beiden auf der Reede veranfertigten dänischen Kriegsschiffe in den Hafen. Kurz darauf begab sich das Kaiserpaar mit den Mitgliedern des Königshauses an Bord der „Hohenzollern“, wo neben der dänischen Königsfamilie die deutsche Kaiserhandabte emporging. Nach einem 20 Minuten währenden Besuch landete das Kaiserpaar mit dem Prinzen Waldalbert und Gefolge bei den beiden Königspavillons, die durch eine mit zwei Kaiserkronen und deutschen Flaggen geschmückte Ehrenspore verbunden waren. Der Kaiser, der dänische Admiralsuniform trug und sehr heiter ausah, begrüßte auf das freundlichste die zum Empfang Erschienenen und schritt dann mit dem König, der deutsche Admiralsuniform angelegt hatte, die Front der Leibgarde-Ehrenkompagnie ab. Der Kaiserin, die eine seegrüne Robe und einen Hut mit violetten Federn trug, wurde ein Strauß weißer Rosen überreicht. Unter den Hochrufen der Menge führten dann die kaiserlichen und königlichen Herrschaften, von Husaren eskortiert, zum reichgeschmückten Bahnhof und von dort nach Fredensborg. Die für das Kaiserpaar reservierten Räumlichkeiten sind mit großer Beacht eingerichtet. Sämtliche nicht aus alter Zeit stammenden Möbel wurden in Berlin angefertigt. Nach dem Dejeuner fand im Kuppelsaal um 7 Uhr eine Galafest zu 100 Kuverten statt, zu der auch die deutsche Gesandtschaft geladen war.

Die königliche Familie verbrachte mit ihren Gästen den Mittwoch nachmittag auf dem Schloß, da das schlechte Wetter alle Ausflüge verhinderte. Der Kaiser verließ dem Prinzen Gustav von Dänemark den Schwarzen Adlerorden, sowie das Großkreuz des Roten Adlers en sautoir. Ferner verlieh der Kaiser an eine große Anzahl von Persönlichkeiten hohe Ordensauszeichnungen und machte verschiedene kostbare Geschenke.

Abends 8 Uhr fand im Kuppelsaal des Schloßes Fredensborg Galafest statt. König Friedrich führte die Kaiserin, Kaiser Wilhelm die Königin von

Dänemark zu Tisch; ferner führte Prinz Waldalbert die Kronprinzessin Alexandrine und Kronprinz Christian die Prinzessin Marie von Dänemark. Während der Tafel erhob sich König Friedrich und brachte in herzlichsten Worten ein Trinkspruch auf den Kaiser und das kaiserliche Haus aus. Die Musik spielte die deutsche Nationalhymne. Gleich darauf erhob sich Kaiser Wilhelm und dankte mit einem Trinkspruch auf den König, die Königin und das königliche Haus, worauf die Musik die dänische Nationalhymne spielte. Nach der Tafel wurde im Gartenfaal Kaiser geruhten, wobei Cercle abgehalten wurde.

Die Kopenhagener Blätter bringen anlässlich des Besuchs des Deutschen Kaisers und der Kaiserin herzliche Begrüßungsartikel, in welchen die freundschaftlichen Gefühle hervorgehoben werden, welche Kaiser Wilhelm immer für das dänische Königshaus und das dänische Volk gezeigt habe. Das Blatt „Dannebrog“ schreibt: Alle Dänen sind darin einig, der deutschen Kaiserfamilie und der dänischen Königsfamilie in den kommenden Tagen auf Schloß Fredensborg ein gutes und angenehmes Zusammensein zu wünschen. Bei der heutigen Ankunft der kaiserlichen Familie werden alle Kopenhagener einstimmig zeigen, daß die hohen Gäste des Königs und der Königin auch willkommenen Gäste des dänischen Volkes sind. — „Kjöbenhavn“ äußert: Der Besuch des Kaisers und der Kaiserin wird vom dänischen Volke mit ungemessener Genugtuung begrüßt. Wir sehen in dem Besuche nicht allein einen Beweis für die freundschaftlichen Gefühle, welche das Kaiserpaar für unser Königshaus hegt, welches wir achten und lieben gelernt haben, sondern wir erblicken darin auch zugleich einen Beweis der Sympathie des Kaiserpaars für das kleine Volk, welches immer noch die Erinnerung an seine frühere Größe zurückbehalten hat, andere wegen ihrer Größe nicht beneidet und nur wünscht, im Frieden mit allen zu leben, nicht zum wenigsten mit seinem süßlichen Nachbar.

## Die Haager Friedenskonferenz.

Die zweite Unterkommission der Seekriegskommission, der auch Freiherr Marschall von Bieberstein, Präsident Nelbow und Bourgeois beizuhören, beriet Dienstag vormittag unter dem Vorsitz des Grafen Tornielli über die deutschen Vorschläge zur Konvention von 1899 betr. die Anwendung der Genfer Konvention auf den Seekrieg.

Graf Tornielli hob in einer Ansprache den Einfluß der öffentlichen Meinung zugunsten eines großen humanitären Grundgesetzes auf die Entscheidungen der Regierungen hervor und wies auf die großen Schwierigkeiten hin, die sich der Anwendung der Genfer Konvention auf den Seekrieg entgegenstellten. So sei das Prinzip der Achtung vor dem Privateigentum, das im Landkriege ziemlich allgemein anerkannt werde, im Seekriege noch nicht in Geltung. Die Konferenz von 1907 werde hoffentlich die Resolution der ersten Friedenskonferenz verwirklichen können, sobald die von 1906 von allen Mächten, mit Ausnahme Englands, Chinas und Japans, ratifizierte Genfer Konvention betr. die Anwendung des roten Kreuzes im Seekriege mit zweckdienlichen Änderungen in Kraft treten könne. Schließlich dankte Graf Tornielli der deutschen Legation für ihre in den Vorschlägen zum Ausdruck gelangte hervorragende Mitwirkung. Konteradmiral Siegel hob die Bedeutung der Konvention von 1899 hervor, und gab eine Zusammenfassung der deutschen Vorschläge, welche keineswegs einschneidender Natur seien. Der türkische Delegierte Turhan Pascha verlas eine Erklärung, in der an den Vorbehalt der Türkei betr. den Gebrauch des Halbmondes anstatt des roten Kreuzes erinnert wird, und äußerte den Wunsch, daß die Konferenz eine zweckmäßige Abänderung in die Konvention einbringe, damit der Halbmond gleich dem roten Kreuz respektiert werde. Der perische

